

# Parteien verzichten auf Wahlplakate an Soltaus Straßen

## Gemeinsame Initiative – Broschüre für alle Haushalte

wu Soltau. „Ohne Wähler ist keine Stadt zu machen.“ Unter diesem Motto steht eine gemeinsame Initiative der Soltauer Parteien und Wählergemeinschaften zur Kommunalwahl. Ziel ist es, möglichst viele Menschen zum Urnengang am 11. September zu motivieren. Mit dabei sind CDU, SPD, Bürgerunion, FDP und Grüne, nicht beteiligten wollen sich dps und Linke, wie Vertreter der beteiligten Parteien am gestrigen Dienstagmittag erläuterten.

Gemeinsam wollen die politischen Gruppen der Böhme-stadt damit einer zunehmenden Wahlmüdigkeit entgegenwirken. „2006 hatten wir insgesamt knapp 50 Prozent Wahlbeteiligung, teilweise lagen wir sogar noch darunter“, sagte SPD-Ratsherr Reiner Klatt. Einen Negativrekord habe beispielsweise der Bereich um die Wilhelm-Busch-Schule: Dort gab mit 47 Prozent noch nicht einmal jeder Zweite seine Stimme für den Rat ab.

Damit habe sich der seit Jahren vorhandene Abwärtstrend fortgesetzt. „Das muss uns zu denken geben.“ Das könne so nicht bleiben, die Parteien wollten gemeinsam für eine stärkere Wahlbeteiligung werben.

„Demokratie geht alle an“, so Klatt. „Wir wollen die Menschen an die Urne bringen und motivieren, sich einzubringen“, ergänzte CDU-Ratsherr Mathias Ernst. „Denn die Kommunalwahl ist eine Chance für die Selbstverwaltung und für Beteiligung.“

Parteiübergreifender Konsens: „Wir verzichten auf großflächige Plakatierung“, erläuterte Klatt. „Die Straßen bleiben frei.“ Anstelle der sonst üblichen Plakatstände an den Straßenrändern oder an den Laternenmasten wollen die Parteien allein die sechs zentralen Stellflächen im Stadtgebiet für Plakate nutzen.

Das eingesparte Geld verwenden sie für eine Broschüre mit allgemeinen Informationen zur Kommunalwahl. Entwickelt vom Grafiker Klaus Leven, wird darin der Wahlmodus erklärt, bekannte Soltauer äußern sich zum Thema Demokratie und der Bedeutung von Wahlen. Das Heft in einer Auflage von 10000 Stück soll nach den Sommerferien flächendeckend an alle Haushalte verteilt werden.

Als weiteren Baustein sprechen die Parteien die weiterführenden Schulen an, um ihnen Podiumsdiskussionen anzu-

bieten. Damit sollen besonders Jungwähler motiviert werden, denn bei der Rats- und der Kreistagswahl liegt das Wahlalter bei 16 Jahren. Schließlich seien es gerade junge Leute, die ebenso wie Menschen aus bildungsfernen Schichten, nicht zur Wahl gingen, begründete Klatt die Informationsoffensive.

„Das alles bedeutet keinen Einheitsbrei“, betonte der Sozialdemokrat. Selbstverständlich werde es einen Wahlkampf geben, in dem jede Partei ihre Kandidaten und Programme vorstelle. 422716

## Kommentar

### Interesse wecken

Von Andres Wulfes

Es ist eine erschreckende Entwicklung: Die Wahlbeteiligung nimmt immer weiter ab. Besonders Kommunalwahlen locken immer weniger Menschen aus dem Haus. Und auch die Parteien haben es immer schwerer, Menschen für eine Kandidatur zu begeistern. Keine guten Aussichten für die bevorstehende Wahl im September.

Dieses Desinteresse ist nur schwer nachzuvollziehen. Schließlich treffen gerade Entscheidungen der Kommunalparlamente die Menschen direkt, sind vor der eigenen Haustür spürbar. Und auch wenn es platt klingt: Demokratie lebt vom Mitmachen und Mitgestalten, hat auf Dauer nur eine Chance, wenn sich die Menschen einbringen – und dazu beispielsweise ihr Wahlrecht auch als Wahlpflicht begreifen. Denn welche Aussagekraft hat ein Wahlergebnis, an dem noch nicht einmal jeder Zweite mitgewirkt hat?

Das Lamento über Politikverdrossenheit ist nicht neu. Doch die Soltauer Parteien wollen dabei nicht stehenbleiben, das abbröckelnde Interesse nicht einfach hinnehmen und die Entwicklung beobachten, sondern werden selbst aktiv – mit einer Broschüre.

Diese Information ist sicher wichtig und notwendig. Aber die entscheidende Frage bleibt unbeantwortet: Warum schaffen es die Parteien nicht mehr, die Menschen anzusprechen? Woher kommt dieses grundsätzliche Desinteresse für Kommunalpolitik?

Diese Fragen zu beantworten und Strategien zu finden, die Menschen anzusprechen, wird eine wichtige Aufgabe der Parteien in der neuen Legislaturperiode sein. Denn die Menschen sind schließlich nicht uninteressiert an Entscheidungen, wenn sie sich betroffen fühlen. Das zeigen Diskussionen um konkrete Projekte deutlich – um Stuttgart 21 ebenso wie vor Ort um das Heidekreis-Klinikum.